Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 206. Sonnabend, 4. September 1926, abends. **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 300 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Erklärungen des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold.

vdz. **Dresden.** Die Tagung des Reichsverbands der Deutschen Industrie wurde in Dresden am Freitag mittag durch einen **Empfang der Stadt Dresden** eingeleitet.

Im Anschluß hieran begann der **öffentliche Teil der Mitglieder-Versammlung** mit einem Vortrag des Vorsitzenden Geh. Reg. Rats Prof. Dr. C. Duisberg. Er faßte den Gesamteindruck seiner Weltreise dahin zusammen, daß die Vereinigten Staaten wohl als die einzigen Gewinner des Weltkrieges zu betrachten seien. Auf Grund seiner neugewonnenen Eindrücke beurteilt der Vorsitzende die Lage in Deutschland sehr trübe. Die Lebenshaltung unseres Volkes habe sich in der Zeit seiner Abwesenheit eher verschlimmert als gebessert.

Hieran schloß der Redner eine **Schilderung der Lage in den einzelnen Industriezweigen** auf Grund eingehender Berichte der verschiedenen Fachgruppen auf eine Rundfrage des Reichsverbandes hin. Danach ist wohl in einzelnen Industriezweigen, wie im Steinkohlenbergbau und in der Eisenindustrie in Auswirkung des englischen Bergarbeiterstreiks eine gewisse Belebung eingetreten. **In allen übrigen Industrien aber, von wenigen Teilgebieten abgesehen, könne von einer Besserung nicht die Rede sein.** Vielfach mußte in den letzten Wochen noch eine weitere Verschlechterung verzeichnet werden. Wir müßten zu einer dauernd aktiven Handelsbilanz kommen, wenn nicht die Lebenshaltung unseres Volkes noch weiter herabgedrückt werden solle. **Angesichts unserer Reparationsverpflichtungen müßten wir einen regelmäßigen Jahresüberschuß in der Ausfuhr von etwa drei Milliarden Reichsmark erreichen.** Wie dies angesichts der handelspolitischen Einstellung des Auslandes möglich sei, erscheine unerfindlich. Im Auslande herrsche ein kräftiger Nationalismus, der wirtschaftlich auf die Formel gebracht werden könne: der heimische Markt der heimischen Produktion. Dieses Streben sollte uns nachahmenswert erscheinen.

Es folgte die **Begrüßungsansprache** des Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Industrieller, **Otto Moras.**

Hierauf hielt **Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius** eine Ansprache.

Geh. Rat **Kastl** sprach über **„Wirtschaftspolitische Forderungen der deutschen Industrie"**, wobei er von der vom Reichsverband im Dezember vor. Js. herausgegebenen Denkschrift ausging. Sämtliche damals gemachten Vorschläge halte der Verband aufrecht. **Das Steuermilderungsprogramm des Finanzministers habe den daran geknüpften Erwartungen nicht entsprochen,** was nicht Schuld des Ministers sei, sondern an der Verworrenheit der Verhältnisse auf staatsfinanziellem und steuerlichem Gebiet läge, vor allem aber an der bedauerlichen Erscheinung, daß die Parlamente in Deutschland vielfach nur nach politischen Gesichtspunkten urteilten und sich dementsprechend bei der Ausgabenbewilligung einstellten. Zur Wiederherstellung des Zuschlagsrechts der Gemeinden fordere der Reichsverband, daß dieses nicht zu einer Erhöhung der Belastung der Wirtschaft, sondern zu einer Senkung der direkten Steuern führe; auch die Reichseinkommensteuerfreien Teile seien heranzuziehen. Der Redner forderte eine genaue, periodisch zu veröffentlichende Finanzstatistik. Zur **Gewerbesteuer** müßten **einheitliche Grundsätze** durch ein Reichs-Rahmengesetz aufgestellt werden. Im engsten Zusammenhang mit dem Finanzausgleich stehe die Aufgabe einer Verwaltungsvereinfachung, wobei bisher noch keine greifbaren Erfolge erzielt seien. Die Verwaltung dürfe nicht Selbstzweck werden. Die vom Verbande aufgestellte Schätzung der Höhe der sozialen Aufwendungen mit 2,7 Milliarden jährlich sei in der Denkschrift der Reichsregierung vom 5. Dezember vor. Js. vollkommen bestätigt worden. **Der Sozialetat habe die Drei-Milliarden-Grenze schon erreicht.** Einschl. der Erwerbslosenfürsorge sei in diesem Jahre mit einem Gesamt-Sozialetat von nicht weniger als vier Milliarden Mark zu rechnen. **Auch bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnes** halte der Reichsverband seine Vorschläge aufrecht, bevor nicht Klarheit darüber bestehe, ob das Washingtoner Arbeitszeit-Abkommen überhaupt von den wichtigeren fremden Ländern ratifiziert werden würde, sei eine voreilige Modifikation des deutschen Arbeitsschutzrechtes zum mindesten hinsichtlich der Arbeitszeit äußerst gefährlich.

Der Redner behandelte dann das Thema **„Bank- und Kreditwesen"** und kritisierte die auf dem Gebiet des Realkredites, namentlich für mittlere und kleine Industriefirmen noch bestehenden Mißstände. Im zweiten Teil seiner Rede befaßte sich der Redner mit der **Arbeitslosigkeit in Deutschland**, der Reparationsfrage, den Vorarbeiten für die Weltwirtschafts-Konferenz und der Wirtschaftsenquête. Es könne begrüßt werden, daß die Regierung sich zur Aufstellung eines weitgehenden Arbeitsbeschaffungsprogramms entschlossen habe. Der Dawesplan müsse einer Abänderung oder Revision unterliegen, sobald sich seine Undurchführbarkeit in der Praxis zeige. Die deutsche Industrie habe allen Grund, sich an den Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz zu beteiligen, wofern und solange sie nicht in politisches Fahrwasser gerate. **Das Programm des Enquête-Ausschusses sei außerordentlich weit gesteckt. Eine Wirtschafts-Enquête in diesem Ausmaße sei eine Unmöglichkeit.**

Die Begrüßungsrede des Reichswirtschaftsministers.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie führte am Freitag **Wirtschaftsminister Dr. Curtius** aus, daß **ohne eine starke Industrie die deutsche Politik nicht erfolgreich durchgeführt werden könne.** Nur im Zusammenwirken aller schaffenden Stände könne das große Befreiungswerk gelingen. Er stelle mit Freuden fest, daß die Wirtschafts- und allgemeine Politik des Reiches weitgehende Unterstützung seitens des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gefunden habe. Weiterhin betonte der Minister, daß die Reichsregierung den Ausgleich der innerdeutschen Interessen sich zum Ziel setze und alle Glieder der deutschen Wirtschaft zu fördern und zu stützen suche. Sie sehe ihr Bestreben darin, alle Teile zum Ganzen zu fügen und zu bewirken, daß die einzelnen Zweige mit der Förderung ihrer Privatinteressen gleichzeitig das Gemeinwohl förderten. Nur so werde es gelingen, den Körper der Nation wieder völlig gesund zu machen. Das zweite Kabinett Luther, das einem wahren Trümmerhaufen gegenüberstand, habe sich durchdringen lassen von der unverwüstlichen Kraft des Volkes und der wunderbaren Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, und in diesem Glauben sei die äußerste Kraft und die letzten Mittel des Reiches daran gesetzt worden, um der deutschen Wirtschaft aus der Krise wieder herauszuhelfen. Es werde allerdings noch lange dauern, bis die deutsche Wirtschaft wieder ganz gesund sein werde. Wir seien aber auf dem rechten Wege und würden bei festem Zusammenhalten das große Ziel aller deutschen Politik erreichen, den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes zur Freiheit, Wohlfahrt und friedenbringenden Kulturarbeit.

Rede des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold.

Auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbands der Deutschen Industrie ergriff nach einer Rede des Geheimrats Kastl **Reichsfinanzminister Dr. Reinhold** das Wort. Er gedachte zunächst der **trostlosen Wirtschaftslage**, die das zweite Kabinett Luther bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe und führte weiter aus: „In den vergangenen Jahren mußte die **Sorge um die Stabilisierung und Erhaltung der Valuta** in den Vordergrund gestellt werden, so daß 1924 ein **zu scharfes Angreifen der Steuerschraube** vielleicht berechtigt war; aber, daß trotzdem zu sehen war, wie **bei verminderter Wirtschaft die öffentlichen Kassen sich füllten und diese Steuerpflichten solange aufrechterhalten wurden**, das war wohl gegenüber der deutschen Wirtschaft und damit gegenüber dem Vaterlande **ein ganz schwerer Fehler.** Die ganzen öffentlichen Gewalten, Reich, Länder und Kommunen, breiteten sich mit ihrem Geld in die Privatwirtschaft aus. Ueberall floß öffentliches Geld hinein, nicht immer zum Guten, und der Kreis der öffentlichen Steuerzahler wurde dadurch außerordentlich eingeschränkt. Wir wissen, wie in diesen Jahren die Gemeinden mit den Steuergeldern sich außerordentlich viel Grundbesitz zugelegt haben. Die Wirtschaft muß sich daran gewöhnen, daß das Reich nicht die Aufgabe hat, Bankier der Wirtschaft zu sein, daß es ein ganz unerhörter Zustand ist, daß man den gutgeleiteten Betrieben die Steuern abnimmt, um damit schlecht arbeitende und faule Konkurrenten zu stützen. Wir müssen den Bedarf einschränken auf das Minimum; aber dann müssen wir auch die Verpflichtung des Kredits der Wirtschaft den dazu geschaffenen Sachverständigeninstanzen, in erster Linie den Banken, überlassen. Ich habe, als ich den Reichsetat übernahm, die vorübergehend aufgehobene Scheidung in Ordinarium und Extraordinarium durchgeführt und denke damit fortzufahren. Es erscheint mir für unser Volk, das im Augenblick unendlich hohe Lasten zu tragen hat, ganz falsch, wenn wir auch die Lasten, die wir mit Recht verteilen können auf spätere Zeiten und Generationen, jetzt auch noch zu den unvermeidlichen unserer Wirtschaft aufbürden. Ich habe deshalb nach hartem Kampf mein **Steuermilderungsprogramm** eingebracht und möchte darauf hinweisen, daß erst dieses Programm die gefährlichste und sinnloseste Steuer, die Luxussteuer, und damit die Besteuerung der deutschen Qualitätsarbeit beseitigt hat. Erst durch die **Herabsetzung der Umsatzsteuer** haben wir den wirtschaftlich notwendigen Prozeß der Zusammenfassung unserer Industrie nach gesunden Gesichtspunkten ermöglicht. Daß wir weiter in dieser Zeit der Kredit- und Geldnot einen Termin der **Vermögenssteuer** ausfallen ließen, hat gewiß dazu beigetragen, daß dieses Frühjahr für viele Betriebe erleichtert wurde. Die **Ermäßigung der Umsatzsteuer** gehörte zu meinem Programm. 350 Millionen, die nicht in die öffentlichen Kassen geflossen sind, sind in der Wirtschaft geblieben, und ihr belebender Einfluß ist in der Wirtschaft sicher besser gewesen. Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, daß wir die Ausgaben anpassen an die Einnahmen.

Zur **Frage der Verwaltungsreform** bemerkte der Reichsfinanzminister, nachdem er die von der Beamtenschaft in den letzten Jahren geleistete Arbeit anerkannt hatte: Wegen der schwierigen Struktur Deutschlands, die einen viel zu großen Aufwand von Beamtenapparaten erfordert, muß endlich ein **Abbau** eintreten, nicht in der Form, daß wir schematisch die Beamten abbauen, sondern daß wir die Ausgaben abbauen. Das Reichskabinett hat gestern den von mir vorgelegten Plan einer organisatorischen Umbildung meines Ministeriums gebilligt, der davon ausgeht, daß wir die Hemmungen beseitigen müssen, die durch das Neben- und Durcheinander der letzten Jahre geschaffen wurden. **Die Verwaltungsreform ist vor allem nötig auch in den Ländern und Gemeinden.** Wir werden zu einem vernünftigen Aufbau unseres gesamten Steuerwesens erst kommen, wenn man an diese Aufgaben trotz der großen politischen Hemmungen, die sich jetzt auch wieder in Bayern zeigen, wirklich mit Energie herangeht. Die **Verwaltungsreform muß noch in diesem Jahre ihrer Lösung zugeführt werden.**

Eng damit im Zusammenhang steht der **Finanzausgleich.** Ich bin entschlossen, ihn durchzuführen, sobald die nötigen Unterlagen zu beschaffen sind. Die Grundzüge dieses großen Planes müssen in erster Linie darin bestehen, daß wir die finanzielle Selbstverwaltung der einzelnen Körperschaften, die das Geld bewilligen müssen, wieder stärken. Das kann geschehen in erster Linie durch die **Einführung von Zuschlägen für die Einkommensteuer.** Kommt es wieder dahin, daß, wenn ein Stadtparlament die Einkommensteuer von 145 auf 146 Prozent in die Höhe setzen will, ein großer Kampf in der Bürgerschaft losgeht, dann wird ein gesunder Zustand in den Gemeinde-Finanzen eintreten können. Es müssen auch Kautelen geschaffen werden, daß wir aus der Vielheit unserer Steuern herauskommen. Es ist zweifellos sinnlos, wenn das Reich Steuern ermäßigt und Länder und Gemeinden gleichzeitig eine Steuer erhöhen. Wir wollen deshalb in unserem Finanzausgleich das schwere Problem lösen, daß wir **die Realsteuern in eine Relation bringen zu den Zuschlägen zur Einkommensteuer.** Die Realsteuern sollen ferner durch ein Rahmengesetz vereinheitlicht werden.

Der Minister kam dann noch auf die **Fragen der Aufwertung** zu sprechen und erklärte: Es ist schon mehrfach betont worden, daß **im Vordergrund unserer finanzpolitischen Erwägungen die absolute Erhaltung unserer Währung** steht. Vermutlich wird in der nächsten Zeit ein neues Ereignis eintreten, das beweisen wird, wie fest in der ganzen Welt unsere Währung steht.

Die Reichsregierung hat die Pflicht, eine Neuaufrollung des Aufwertungsproblemes nicht zuzulassen. Wir haben aber auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir keinen Ueberschußetat bekommen. Die reduzierte Börsenumsatzsteuer hat im Juni und Juli das doppelte Ergebnis der Vormonate gebracht. Ich empfehle auch den Gemeinden, daraufhin mal gewisse Sätze ihrer Steuern zu prüfen. Vor der Einführung von Zuschlägen zur Einkommensteuer werden wir auch die Einkommensteuer selbst uns einmal entschieden ansehen müssen. Ich habe mich von jeher dafür interessiert, das in England beliebte System, das die Geschäftsbilanzen durch vereidigte Revisoren nachprüft und feststellt, sodaß dann die Steuerbilanz identisch ist mit der Geschäftsbilanz, auch in Deutschland einzuführen. Wir müssen den Finanzausgleich organisch aufbauen und werden deshalb mit der kurzen Zeit bis 1. April 1927 zu einem solchen großen Aufbau nicht auskommen. Ich persönlich bin entschlossen, die endgültigen Vorschläge zur Reform des Steuerwesens im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich vorzulegen. **Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Steuern noch eine ganz exorbitante Höhe haben werden,** die sich eben aus den Lasten erklärt, die wir infolge des verlorenen Krieges zu tragen haben.

Hinsichtlich des **Dawes-Planes** führte der Reichsfinanzminister unter Hinweis auf das Abkommen, das er mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen getroffen habe, aus: **Mit voller Loyalität werde ich die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen,** solange die wirtschaftliche Möglichkeit dazu gegeben ist. Daß ich aber ebenso für die vernünftige Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands eintreten werde, ist gewiß. Der Minister drückte die Ueberzeugung aus, daß die ganze Welt einmal sich gegen die Daweszahlungen wenden wird. Man müsse das ganze Problem aus dem politischen Gebiete herausbringen und auf das wirtschaftliche Gleis führen.

Zum Schlusse erklärte der Reichsfinanzminister: **Ich sehe unendliche Schwierigkeiten und einen großen Leidensweg. Von einer günstigen Lage unserer Finanzen kann keine Rede sein. Aber ich glaube an Deutschland und an Deutschlands Zukunft. Wir glauben an das Reich, an dessen Spitze jetzt der greise Führer steht, vor dessen vorbildlicher Treue zu Volk und Vaterland wir uns alle in Ehrfurcht beugen.** (Stürmischer Beifall.) **Wir werden unser Reich durchretten zu einer besseren Zukunft und den schweren Weg in Arbeit gehen müssen, der zur Freiheit führt. Ich weiß, daß dieser Weg schwer ist, aber wir müssen, welch politischen Glaubens wir auch sind, gemeinsam den Weg gehen, weil meiner festen Ueberzeugung nach nur am Ende dieses Weges das Ziel steht, zu dem wir alle streben: Der Wiederaufbau unserer Nation, die alte deutsche Größe und die neue deutsche Freiheit.**

Die Versammlung erhebt sich und bringt dem Minister brausende Ovationen dar.

Geheimrat Duisberg dankte dem Minister für seine Ausführungen und sprach den Wunsch aus, daß es auch ge-